

Florian Post, MdB  
 Claudia Tausend, MdB

SPD

Für UNS in Berlin

## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

nach dem positiven Ausgang des SPD-Mitgliederentscheids beginnt nun endlich die parlamentarische Arbeit der Großen Koalition im 19. Deutschen Bundestag. In der letzten Sitzungswoche wurde der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD unterzeichnet, Angela Merkel von der Regierungskoalition erneut zur Bundeskanzlerin gewählt und das neue Kabinett vereidigt. Mit Spannung wurde die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig zu Dieselfahrverboten in Deutschland erwartet. Das Urteil: Das Gericht hält Diesel-Fahrverbote in Städten nach geltendem Recht für grundsätzlich zulässig. Unser Ziel ist weiterhin, Fahrverbote zu vermeiden.

Florian Post Claudia Tausend

## Los geht's: Bundesregierung und Ausschüsse sind konstituiert

**Die neue Bundesregierung mit SPD-Beteiligung steht, unsere Minister sind vereidigt und auch der Deutsche Bundestag hat die meisten seiner Ausschüsse konstituiert.** Wir werden jetzt dafür sorgen, dass die neue Bundesregierung zügig ihre ersten Gesetze und Vorhaben auf den Weg bringt, denn wir haben uns Einiges vorgenommen. **Claudia Tausend** wird auch weiterhin im Europaausschuss die europäische

Handelspolitik fair und sozial gestalten. Daneben hat der Ausschuss mit dem Brexit, den Reformen für die EU und die Eurozone und der Schaffung eines Sozialen Europa ein prall gefülltes Arbeitsprogramm. **Florian Post** arbeitet im Ausschuss für Wirtschaft und Energie als ordentliches Mitglied an der Energiewende, um unsere Energieversorgung bezahlbar, nachhaltig und sicher zu gestalten. Darüber hinaus kümmert er sich

auch um die kommunale Wirtschaft, die Luft- und Raumfahrt und ist stellvertretendes Mitglied im Finanzausschuss. Noch unklar ist derzeit die Zukunft der für uns wichtigen Baupolitik, nachdem der Baubereich aus dem Umweltministerium ausgegliedert und dem Innenministerium zugeordnet wird. Wir wollen hier einen eigenständigen Bauausschuss, um den Stellenwert dieser Aufgabe zu untermauern.

## Was bringt die große Koalition für München?

**Im Koalitionsvertrag konnte die SPD einige Erfolge erzielen, die der Landeshauptstadt zu Gute kommen. Bis 2021 fördert der Bund mit insgesamt knapp 33 Milliarden Euro die Kommunen direkt und indirekt, wovon auch München in hohem Maße profitieren wird.** Claudia Tausend und Florian Post berichten jeweils von ihren Schwerpunktbereichen.

### **Die SPD ist und bleibt die Mieterpartei**

Ein bezahlbares Dach über dem Kopf ist die drängendste soziale Frage Münchens. Deshalb legt die Koalition einen Schwerpunkt darauf, mehr günstigen Wohnraum zu schaffen, Mietwucher einzudämmen und junge Familien beim Kauf von selbstgenutztem Wohneigentum zu unterstützen. Um Münchens Mieter vor Luxussanierung zu schützen, drängte die SPD auf eine Reform der Modernisierungsumlage. Nach Modernisierung oder Sanierung dürfen Vermieter in Zukunft maximal acht Prozent der Kosten auf die Jahresmiete aufschlagen – statt bisher elf Prozent. Eine Kappungsgrenze wird sicherstellen, dass die monatliche Miete nach einer Modernisierung um nicht mehr als drei Euro pro Quadratmeter innerhalb von sechs Jahren steigt. Das gezielte Heraufmodernisieren wird künftig zur Ordnungswidrigkeit, so dass Mieter Schadensersatzansprüche haben. Beim Mietspiegel konnte die SPD einen

Teilerfolg erzielen: Zurzeit fließen in die Statistik nur Mietverträge der vergangenen vier Jahren ein – ohne die günstigeren Bestandsmieten kommt dies einer reinen Aufwärtsspirale gleich. Einen längeren Betrachtungszeitraum will die neue Koalition nun immerhin prüfen. Hier stehen noch harte Diskussionen mit der CSU als Lobbyisten der Hausbesitzer ins Haus.

Die Koalition will das Grundgesetz ändern, damit sich der Bund auch nach 2019 beim sozialen Wohnungsbau engagieren kann, weil sich gezeigt hat, dass die Länder dieser Herausforderung nicht gerecht werden – gerade auch der Freistaat Bayern. Mindestens zwei Milliarden Euro wird der Bund hier zusätzlich investieren. Viele baureife aber unbebaute Grundstücke liegen brach, weil ihre Besitzer auf noch höhere Gewinne spekulieren. Die neue Grundsteuer C soll dem einen Riegel vorschieben und dafür sorgen, dass hier tatsächlich bezahlbare Wohnungen entstehen. Seine eigenen Grundstücke will der Bund für sozialen Wohnraum vergünstigt an Kommunen wie München verkaufen – ein Erfolg der SPD. Zusammen mit weiteren Maßnahmen sollen so insgesamt 1,5 Millionen neue Wohnungen entstehen. Die Städtebauförderung mindestens auf dem erreichten Niveau von 1 Mrd. Euro fortgeführt werden.



Fortsetzung von S.2

SPD

## Zukunftsorientierte Energieversorgung und Mobilität

**Energie soll bezahlbar, verlässlich und sauber sein.** Der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch soll im Jahr 2030 auf 65 Prozent steigen, eine deutliche Steigerung verglichen mit den alten Zielen. Damit dies gelingt, wird der Ausbau der Erneuerbaren entsprechend verstärkt.

**Leider bremst die CSU** den Ausbau der Erneuerbaren in Bayern, z.B. durch ihre windkraftfeindliche Politik. Damit der erneuerbare Strom, der zu großen Teilen im Norden Deutschlands erzeugt wird, auch bei uns ankommt, sollen die Stromnetze schneller ausgebaut und effizienter betrieben werden.

Um **Treibhausgasemissionen** wirksam zu reduzieren, werden wir eine Kommission einrichten, die Maßnahmen zum schrittweisen Ausstieg aus der Kohleverstromung erarbeitet. Dabei ist uns wichtig, dass auch die Interessen

von Beschäftigten berücksichtigt und betroffene Regionen nicht allein gelassen werden.

Auch im Verkehr, in den Gebäuden, bei der Wärmeerzeugung und bei den Energiespeichern sind Veränderungen notwendig. Überall müssen Einsparungen im Energieverbrauch erreicht werden. Die Koalition sieht daher in den Stadtwerken und kommunalen Unternehmen ihre starken Partner zum Erfolg der Energiewende: Sie sind nah dran an Erzeugern, Verbrauchern und dem öffentlichen Nahverkehr. Mobilität soll effizienter und sauberer werden. Die Koalition setzt insbesondere auf bezahlbaren öffentlichen Verkehr. Die Bundesmittel für den Schienenpersonennahverkehr vor Ort werden bis 2021 auf eine Milliarde Euro im Jahr erhöht und danach jährlich gesteigert. Auf diese Gelder sind die ÖPNV-Projekte Münchens

dringend angewiesen. Das ist ein Baustein, um die Klimaziele zu erfüllen und die Luftqualität in den Städten zu verbessern.

**Die Stadtwerke München** sind nicht nur als großer Arbeitgeber wichtig für unsere Stadt. Auch als kompetenter Partner bei der Energiewende und als Motor des ÖPNV tragen sie entscheidend zur Lebensqualität in München bei, z.B. indem sie den ÖPNV quersubventionieren. Dieses Beispiel zeigt, dass unser Engagement für die kommunale Wirtschaft bei den Menschen in München ankommt.

Die **Investitionen in Bildung, Breitband, Wohnungen und Wirtschaft** sollen auch ländliche Regionen stärken, damit der Wachstumsdruck auf Städte wie München – am Wohnungsmarkt wie bei der Verkehrsbelastung – abnimmt.

## Zum Weltfrauentag:

### Dem Fortschritt auf die Sprünge helfen

**Das Weltwirtschaftsforum hat errechnet, dass es unter den jetzigen Umständen noch 100 Jahre dauern würde, bis die Gleichstellung der Geschlechter vollendet ist. Damit der Fortschritt schneller vorangeht, ist politischer Einsatz gefordert.**

Deshalb hat die SPD dafür gesorgt, dass zahlreiche gleichstellungspolitische Verbesserungen im Koalitionsvertrag verankert wurden.

So wird das Recht auf befristete Teilzeit bald Gesetz. Das schützt Frauen vor der Teilzeitfalle. Mehr als die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen sind in Teilzeit beschäftigt – viele von ihnen unfreiwillig. Mit dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter ab 2025 haben viele Frauen bessere Möglichkeiten, Beruf und Familie zu vereinbaren.

Der SPD ist es außerdem wichtig, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen. Hier hat der öffentliche Dienst eine Vorbildfunktion. Der Bund soll vorangehen und bis 2025 die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Leitungsfunktionen des öffentlichen Dienstes umsetzen. Die Grundrente gibt schließlich gerade Frauen mehr soziale Sicherheit im Alter. Wer 35 Jahre lang Rentenbeiträge gezahlt hat, Kinder groß gezogen oder Angehörige gepflegt hat, bekommt künftig eine Alterssicherung von mindestens zehn Prozent oberhalb der Grundsicherung. Davon profitieren vor allem viele Rentnerinnen, heutige und künftige.

Vor 100 Jahren haben Frauen das erste Mal gewählt und konnten gewählt werden. Sie selbst haben sich dieses

Recht erkämpft und sind dafür auf die Straße gegangen. Doch heute, ein Jahrhundert später, sind Frauen noch immer nicht angemessen in den Parlamenten beteiligt. Der Anteil von Frauen im Bundestag ist seit der jüngsten Bundestagswahl sogar gesunken: von zuletzt 36,5 Prozent auf nunmehr 30 Prozent. Schuld daran ist allen voran die männlich dominierte AfD. Aber auch die geringen Frauenanteile der Union und der FDP ziehen den Schnitt nach unten. Es ist die Pflicht aller Parteien dafür zu sorgen, dass im Bundestag, im Europaparlament und in den Kommunalparlamenten zur Hälfte Frauen das Sagen haben. Innerhalb der Bundesregierung hat immerhin die SPD ihre Positionen paritätisch gleichberechtigt besetzt.

## Luftreinhaltung und Fahrverbote für Diesel

**Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat Ende Februar 2018 entschieden, dass Fahrverbote – sowohl „zonal“ als auch „streckenbezogen“ – für einzelne Kommunen verhängt werden können.** Allerdings hat das Gericht ebenso festgestellt, dass es hierfür keine Rechtsgrundlage nach geltendem deutschem Recht gibt. Gemäß Europarecht kann es in den Kommunen dennoch erforderlich sein, Fahrverbote zu verhängen, wenn diese die einzige Möglichkeit darstellen, die vorgegebenen Grenzwerte einzuhalten und die Maßnahme verhältnismäßig ist.

Fakt ist: Länder und Kommunen müssen künftig bei der Fortschreibung ihrer Luftreinhaltepläne Fahrverbote in ihre näheren Erwägungen einbeziehen und gegebenenfalls auch in ihre Maßnahmenkataloge aufnehmen. Fahrverbote sind dabei aber nicht von heute auf morgen zu erwarten.

### **Die Verantwortung liegt bei den Ländern**

In diesem Zusammenhang ist klarzustellen, dass die Zuständigkeit und damit die Entscheidungshoheit für die

Luftreinhaltung in Deutschland bei den Bundesländern und eben nicht bei den Städten liegt. Das heißt: für den Luftreinhalteplan der Landeshauptstadt München ist der Freistaat Bayern zuständig. Die Grenzwerte zur Luftreinhaltung wurden 1999 von der Europäischen Union in der Richtlinie 1999/30/EG festgelegt und in der EU-Luftqualitätsrichtlinie (2008/50/EG) von 2008 fortgeschrieben. In nationales Recht wurden sie 2002 mit dem Bundesimmissionschutzgesetz überführt.

### **Unser Ziel: Fahrverbote verhindern**

Unser Ziel ist weiterhin, Fahrverbote zu vermeiden. Der Bund hat bereits im letzten Jahr ein Sofortprogramm „Saubere Luft 2017-2020“ mit einem jährlichen Fördervolumen von 1 Mrd. Euro beschlossen. Das reicht jedoch nicht aus. Wir wollen die betroffenen Kommunen intensiv unterstützen. In der Diskussion sind z.B. neue Regeln für den Schadstoffausstoß von Taxis und Bussen, Durchfahrverbote für ältere Lkw auf bestimmten Strecken, der Ausbau von Elektromobilität und dem ÖPNV.

### **Automobilindustrie muss sich der Verantwortung stellen**

Wichtig ist auch, dass sich die Automobilindustrie der Verantwortung stellt. Es gilt das Verursacherprinzip und wir werden darauf dringen, dass die Autoindustrie Umrüstungen der Hardware auf ihre Kosten anbietet. Das Problem darf nicht auf dem Rücken der Autofahrer gelöst werden, die mit gutem Gewissen noch vor kurzem ein neues Diesel-Fahrzeug erworben haben.

### **Mit einer Blauen Plakette zu einer verursachergerechten Lösung**

Von zentraler Bedeutung ist die Forderung einer sog. Blauen Plakette. Diese könnte dann für Fahrzeuge vergeben werden, die die Grenzwerte für Stickstoffdioxid einhalten. Ältere Modelle, die die Grenzwerte überschreiten, dürfen dann in Zukunft nicht mehr in die Umweltzonen einfahren. Die Experten sind sich einig, dass mit einer solchen Maßnahme die überhöhten Werte schnell eingehalten werden können. Selbstverständlich werden wir dabei aber auch auf Sonderregelungen für Anwohner und Gewerbetreibende achten.



# Termine

## Florian Post

### Klartext aus erster Hand: Frühschoppen mit Sigmar Gabriel im Augustiner Keller



Florian Post hatte am 24.02.2018 eingeladen und konnte sich über einen rappelvollen Saal freuen. Gabriel betonte die Interessen Europas, jetzt nicht im Stich gelassen zu werden, und die Erwartungen der SPD-Wähler, nicht auf die erreichten Erfolge zu verzichten.



Knapp drei Stunden nahm sich Sigmar Gabriel Zeit, um Fragen zur geplanten GroKo zu beantworten.



Christian Ude, Florian Post und Sigmar Gabriel im Gespräch mit der Presse.

### Jahresempfang 2018



Diesjähriger Jahresempfang von Diana Stachowitz, Alexander Reissl und Julia Schönfeld-Knor! Zusammen mit unserer Spitzenkandidatin und Landesvorsitzenden Natascha Kohnen, den Stadträten Verena Dietl, Klaus Peter Rupp, Christian Vorländer und vielen anderen.

### DLD Konferenz



Tolle Gespräche mit Staatsministerin Ilse Aigner und DLD-Chefin Steffi Czerny.

# Termine

Claudia Tausend

## Truderinger Ventil Kulturzentrum Trudering



Sauber derbleckt beim Truderinger Ventil: Das Singspiel brachte Las Vegas nach Trudering. Claudia Tausend gemeinsam mit ihrem Double Kerstin Egerer und Regisseur Winfried Frey.

## Mitgliederveranstaltung Gewerkschaftshaus



Mehr als 200 Genossinnen und Genossen diskutierten nach einem Input von Staatssekretärin Anette Kramme gemeinsam den Koalitionsvertrag in Arbeitsgruppen – so sieht eine lebendige Partei aus!

## Ehrenamtsempfang



Ehrenamts-Empfang von Hans-Ulrich Pfaffmann mit Spitzenkandidatin Natascha Kohnen und vielen sozial engagierten Gästen aus Vereinen und Verbänden.

## Steckerlfischessen mit Thomas Oppermann



Volles Haus beim traditionellen Truderinger Steckerlfischessen: Claudia Tausend konnte gemeinsam mit Markus Rinderspacher Thomas Oppermann als Hauptredner willkommen heißen.

## Florian Post MdB

Mitglied im Ausschuss für  
Wirtschaft und Energie



Belgradstr. 15 a  
80796 München

florian.post@bundestag.de  
Tel: 089 - 18 94 65 38  
Fax: 089 - 18 94 65 39  
facebook.com/bundestag2013  
www.florian-post.de

## Claudia Tausend MdB

Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten  
der Europäischen Union sowie im Ausschuss für  
Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit



Oberanger 38  
80331 München

claudia.tausend.wk@bundestag.de  
Tel: 089 - 18 93 28 58  
Fax: 089 - 44 23 24 80  
facebook.com/tausendmalbesser  
www.claudia-tausend.de

## Kostenlose Bürgerberatung

In den Wahlkreisbüros finden regelmäßige **Bürgersprechstunden** und weitere Beratungsangebote wie **Mieterberatung**, **Schuldnerberatung** und **Künstlersozialberatung** statt. Terminvereinbarung erfolgt telefonisch oder per E-Mail über die Wahlkreisbüros.